



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur Gestaltung unsers Parteiwesens

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zur Gestaltung unsers Parteiwesens



ie große, reichbelegte Schüssel, aus der ich täglich meine Neuigkeiten aller Art nehme, führt unter ihrer Firma noch die nähere Bezeichnung: „Unparteiische Zeitung,“ was offenbar eine Empfehlung sein soll. Und in der That, etwas Verlockendes hat es ja für einen ruheliiebenden Menschen, sich jene Speisen einmal etwas weniger scharf gewürzt vorsetzen zu lassen. Vorher hat man vielleicht ein Blatt seiner eignen Richtung gelesen und sich mit dessen Hilfe Tag für Tag über die bodenlose Abscheulichkeit der Gegner geärgert, oder man hat aus irgend einer Veranlassung ein Blatt einer andern Partei gehalten, und da hat es einem gewiß kein Vergnügen gemacht, die eignen Ansichten fortwährend mit Tadel überschüttet zu sehen. Das eine wie das andre hält jemand, der wenigstens nach dem Mittagessen gern Ruhe und Frieden haben möchte, auf die Dauer nicht aus, zumal wenn er älter wird. Das war denn auch mein Grund, weshalb ich mir vor einer Reihe von Jahren einmal aus einer andern Garüche die politischen Speisen „unparteiisch“ bestellte. Das erste mal hatte ich dabei kein Glück, denn da wurde mir mein eigener Stand und seine Einrichtungen, an denen ich hänge, in einer Weise schlecht gemacht, daß ich schließlich doch dachte, ich brauchte mich für mein eignes Geld nicht so schwarz malen zu lassen, daß sich die Kinder vor mir fürchteten und die Erwachsenen mir aus dem Wege gingen. So bestellte ich denn das Ding wieder ab und ging zu Nummer zwei über. Die nahm es mit der Unparteilichkeit gewiß ernst, denn sie brachte in kurzen Zwischenräumen die feinsten Nachweise darüber, daß das Volk des politischen Parteiwesens überdrüssig sei, und daß an die Stelle dieser offenbar zerfallenden Einrichtung wirtschaftliche Parteien treten müßten, sie kam auch darüber in Streit mit andern Volksbelehrern, die auf der „zerfallenden“ Seite standen, und wurde nun natürlich in ihrer Theorie erst recht fest.

Also doch endlich Ruhe und Frieden für meine Mittagsstunden! Die wollte ich ordentlich festhalten!

Nun sind fünf Jahre darüber vergangen, und ich habe auch wirklich bis auf den heutigen Tag festgehalten. Aber allmählich kommt mir doch die Unparteilichkeit meiner lieben Zeitung immer merkwürdiger vor. Und reiße ich mich einmal von dem günstigen Vorurteil für sie los und lege mir geradezu die Frage vor: „Worin ist sie eigentlich noch unparteiisch?“ so kann ich mit gutem Gewissen nur antworten: „Nur darin, daß sie es unentschieden läßt, ob sie freikonservativ oder gemäßigt deutschkonservativ ist.“ Nach allen andern Seiten ist ihr Standpunkt fest umschrieben. Und wollte man sie selber aufordern, irgend einen Gegenstand zu bezeichnen, über den sie nicht ganz bestimmt „Farbe bekennt,“ so möchte ihr das Suchen wohl ein bißchen viel Zeit kosten. Sie sagt ihre Meinung mit eben solcher Entschiedenheit und gebraucht ziemlich dieselben Redewendungen wie offene Parteiblätter der erwähnten Richtung. Trotzdem schreibt sie noch heutigen Tags unter ihren Titel: „Unparteiische Zeitung.“ Bei meiner Vorliebe für sie möchte ich gern annehmen, daß sie selber noch nichts davon merke, daß sie ganz und gar ins Lager des „zerfallenden“ politischen Parteiwesens übergegangen ist. Was wird sie wohl sagen, wenn ihr eines Tages die Augen aufgehen und sie sieht, wohin sie geraten ist!

Mehr oder weniger geht es allen „Unparteiischen“ so. Eine bestimmte Meinung haben die Herren Redakteure doch über jede Sache, und wenn sie sich auch bemühen, keinem vor dem andern Recht zu geben, so entschlüpft ihnen doch hie und da eine Wendung (auch die Anordnung der Zeitungen zeigt schon etwas), die erkennen läßt, wie sie selber denken. Und andern Menschen begegnet ähnliches, so lange ihr Blut noch nicht ganz trägflüssig geworden ist. Man nimmt doch eine bestimmte Stellung, man schließt sich in Gedanken doch einer bestimmten Partei an — nur eingestehen will man es sich nicht, denn niemanden belügt auch der ehrlichste Mensch ja so oft wie sich selber. Allerdings, es giebt ja auch Heroen der Selbstzucht, die sich mit Hilfe eines scharfen Verstandes auf eine Höhe emporgeschwungen haben, wo ihnen nichts Irdisches mehr nahe steht, wenigstens nicht so nahe, daß sie das eine vor dem andern bevorzugten; aber es giebt ihrer doch, wie von allen Glanzzeugnissen der Menschheit, recht wenig! Die gewöhnliche Menschheit ergreift nun einmal, wissenschaftlich oder unwissenschaftlich, Partei. Und da dürfen wir denn auch vielleicht das alte Zitat für uns in Anspruch nehmen: „Alles, was ist, ist vernünftig,“ und behaupten, daß die politischen Unterschiede doch eigentlich viel mehr Berechtigung haben, als ihnen von manchen zugestanden wird, und daß sie jedenfalls wünschenswerter sind als eine „wirtschaftliche“ oder „ständische“ Gliederung.

Der Gegensatz zwischen konservativ und liberal, oder nach dem Sinne,

den die Worte jetzt haben, zwischen dem Streben, die Rechte des Herrschers, des Staats, gewisser Klassen zu bewahren und zu erweitern, und dem Streben, die Rechte des Volks, die Selbständigkeit des Einzelnen zu heben, dieser Gegensatz ist so alt, wie das politische Leben überhaupt, und ist nur da nicht zu bemerken gewesen, wo es kein solches Leben gab. Die Namen wechseln, die Sache bleibt. Was war Solons Thätigkeit anders, als eine „Verfassungsänderung in liberalem Sinne“? was die julianischen Gesetze anders, als eine „aristokratische Reaktion“? Die Kämpfe der Geschlechter und Zünfte im Ausgange des Mittelalters lassen sich sehr gut mit dem unaufhörlichen Aufeinanderstoßen von Aristokraten und Demokraten in unsern fünfziger Jahren vergleichen, nur daß die Größe der Rahmen verschieden war. Auch an Sozialdemokraten hat es früher nicht gefehlt, von dem Theoretiker Platon bis zu den Bundschuhern des sechzehnten Jahrhunderts und zu den französischen Revolutionären. Und wie es in den letzten hundertfünfzig Jahren mit jenem Gegensatz gewesen ist, ist allbekannt. Und da soll er nun plötzlich um das Jahr 1890 seine Bedeutung verloren haben? Freilich, das hat jede regsame Zeit gedacht, daß in ihr die Erfüllung und die Höhe des Menschheitsstrebens gekommen sei; aber die Jahresnummern haben nicht aufgehört, und wenn sie etwa um fünfzig mehr geworden sind, dann haben die, die von jener Zeit her noch lebten, mit großem Erstaunen wahrgenommen, daß es Bäume gegeben hat, die auch über jenen Riesenwuchs hinauswachsen konnten, und dann haben sie sich ruhig zum Sterben gelegt mit dem Gedanken: die Entwicklung wird auch nach uns noch fortgehen. So und nicht anders ist's auch unserm unruhigen Zeitalter beschieden. So wenig wie *fin de siècle* — trotz Falbscher Kometen — das Ende der Welt sein wird, so wenig sind wir am Ende der Entwicklung; und was bisher treibend im Staatenleben gewirkt hat, legt sich auch mit uns noch nicht zur Ruhe trotz allen Totsagens. Auch da kann es nur heißen: die Formen ändern sich, die Sache bleibt.

Dem diese Sache ist natürlich und notwendig. Vorwärtstreiben und Zurückhalten ist das ganze Naturleben. Vom radikalen Frühling geht's über den gemäßigtliberalen Sommer zum rückschrittlichen Herbst und strengkonservativen Winter. Dem Überhandnehmen der plebejischen Pflanzenfresser steuern (ja, das sind Steuern!) die aristokratischen Raubtiere. Wenn das „im nahrhaften Boden wurzelnde“ Gras zu üppig werden und sich zu breit machen will, dann kommen die agrarischen Kühe und die „schneidigen“ Schnitter und gebieten ihm Einhalt. Wenn die Zungen im Hause oder in der Schule ihr Stimmrecht allzu sehr ausdehnen, dann schreitet die gesetzliche Herrschaft mit Hilfe der rohen Gewalt ein und lehrt sie Achtung vor den Rangunterschieden, zuweilen auch durch Einsperrung. Den Studenten, die ihr Selbstbestimmungsrecht als Herrschaft über alles Eigentum verstanden wissen wollen, bringt ein „königstreuer“ Schutzmann genauere Paragraphenfemtnis

bei. Der Kneipenwirt, der in absolutistischem Selbstgefühl verfassungswidrig schlechtes Bier und frühen Feierabend zu „oktroyiren“ versucht, strafen die „klassenbewußten“ Zecher durch Wahlenthaltung. Will eine Zeitung behaupten: „Alles, was von uns kommt, ist gut,“ und nimmt auf die Wünsche der Leser keine Rücksicht, so verweigern sie ihr das Budget. So ist Natur und Menschenleben voll von konservativ und liberal. Und in der Politik sollte es plötzlich nicht mehr so sein dürfen?

Ich wüßte wirklich nicht, wie es einmal anders auf der Erde zugehen sollte, als daß die einen, die weniger Rechte haben, darnach trachten, mehr zu bekommen, die andern aber, die im Besitz der Rechte sind, sich weigern, etwas davon abzulassen. Haben die, die nach mehr streben, ohnehin schon genug Rechte, so erscheint die konservative Richtung lobenswerter; sind sie aber bisher zu kurz gekommen, so wird man mit ihrem liberalen Streben Teilnahme fühlen. Ob es sich nun um politische Rechte handelt oder um irgendwelche andern, dieser Grundgegensatz findet sich immer. Aber wer entscheidet denn immer so unzweifelhaft und auch so überzeugend: die Rechte sind gut oder nicht gut verteilt? Den Staat möchte ich wirklich in recht naturgetreuer Darstellung vorgezeigt sehen, in dem nicht nur alle politischen Rechte aufs genaueste richtig geordnet, sondern auch alle Staatsbürger ohne Ausnahme von der gerechten Verteilung überzeugt wären. So einen hat sich ja der weise Platon herausgedistelt, aber die Welt ist darin einig, daß sein fein aus Ideen zusammengedapptes Kunstwerk auf Erden bisher noch nicht erschienen ist; und so lange ein solches Musterbild noch nicht sichtbar vorhanden ist, so lange ist der Gegensatz zwischen konservativ und liberal nicht nur natürlich, sondern auch berechtigt, denn er stellt ein beständiges Streben nach dem Idealzustande dar. Und ebenso sind auch die verschiedenen Abstufungen der beiden Widerparte natürlich und größtenteils (bis auf die krassesten Ausschweifungen) auch berechtigt, allein schon durch die verschiedenen Temperamente und Verstandesgrade. Der eine will gern gleich das Ganze erreichen, schießt auch wohl im Eifer übers Ziel hinaus; der andre hütet sich vor dem Ziel und strebt zunächst nur das Erreichbare an. Jeder will in seiner Art und nach seinem Charakter das Wohl des Ganzen. Zwar ein besonnener Konservativer wird nicht für gut halten, daß die Rechte des Volks auf das Maß der rein absolutistischen Zeit heruntergedrückt werden, und ein besonnener Liberaler wird die allzuweit gehende Austeilung von Rechten, ohne jede Rücksicht auf die Naturunterschiede, nicht billigen; aber leider besteht ja die Menschheit bei weitem nicht aus lauter besonnenen Leuten, und ewig werden die Stürmer und Dränger auf beiden Seiten ihre Fehler machen, ohne daß darum ein verständiger Mann gleich ihre ganze Sache für unrecht erklärt, sonst müßte man ja zum Beispiel auch, weil einzelne Schulmeister ihren Tungen zuviel aufgeben, die Schulen überhaupt schließen wollen — wofür sich freilich eine gewisse

Minderheit des Volks (wenns sonst auch gerade nicht Quietisten sind!) auch lebhaft erklären würde. Aus dem einen Teil des Gegensatzes, besonders wenn er zur Macht gelangt, erzeugt sich mit Naturnotwendigkeit der andre in gleicher Festigkeit: je stärker der Ball auf die Erde geworfen wird, desto höher springt er empor. Aber daß man darum, weil der Streit in Gezänk ausartet und widerwärtige Formen annimmt, oder weil die deutsche Neigung zur Sektensbildung eine Menge Unterparteien schafft, an einen Zerfall der Gegenfäßlichkeit glaubt oder es für besser hält, sich von der ganzen Erörterung zurückziehen, das ist ein unüberlegter Schluß. Es ist das ganz derselbe Irrtum, wie ihn unsre urväterlichen Widersacher jenseits der Vogesen vor fünfundzwanzig Jahren begingen, als sie glaubten, daß unsre allerdings mit großem Ernst betriebnen innern Unfreundlichkeiten den Gegensatz von Deutsch und Welsch im Falle des Krieges verschwinden lassen würden; der Irrtum, der ihnen bis auf den heutigen Tag so vielen Arger und uns die volle Glorie der Einigung eingetragen hat. Das naturnotwendige Bestehen dieses Gegensatzes verkennen ja selbst die französischen Sozialdemokraten nicht, und unsre Abart setzt nach echt deutscher Denkweise die Fraktionspaltung über den Hauptgegensatz; aber der „nicht anerkannte“ Fels ist doch immer noch da und hart genug, sodaß sich, wenn es einmal Ernst wird, eine schöne Menge seiner Leugner an ihm den Kopf einrennen kann. Und so schaffen auch alle, die den Gegensatz von konservativ und liberal für verschwindend erklären, ihn nicht aus der Welt: bei jeder ernstern Probe wird er ihnen entgegenglänzen, daß ihnen die Augen übergehen. Er ist da, und er hat sein Recht. Man kann für seine eigne Person einen Waffenstillstand in diesem Kampfe wünschen — und das thun die, die nach unparteiischen Zeitungen rufen —, aber sich ganz aus dem Kampf zurückziehen, das würde eine Gleichgiltigkeit gegen die gute Ordnung des Staates bedeuten, und solche Gleichgiltigkeit ist, wenn sie auch nicht mehr bestraft wird wie zu Solons Zeiten, doch jedenfalls kein Ideal für einen Mann, der sein Vaterland lieb hat.

Da höre ich zwei Stimmen dazwischen rufen, eine tiefdonnernde und eine hellshrillende. „Seht den Mann!, ruft die eine, der erklärt jede Frechheit, sie sei noch so arg, jede Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung, jeden Spott über Ehrwürdiges für berechtigt!“ „Seht den Mann!, schreit die andre, er will alles zulassen, jede Verhöhnung des Volks und seiner guten Rechte, jede Herabwürdigung der einfachen, aber braven Leute, jede Unterdrückung!“ „Gemach, meine Herren, dringt da endlich meine eigne Stimme (fair middle) durch, dieser Mann thut weder das eine noch das andre. Er hats weder auf Könige noch auf Bankiers noch auf Proletarier abgesehen. Gegen keinen Paragraphen des geschriebnen oder des ungeschriebnen Strafgesetzbuchs spielt er den doppelt moralischen Verteidiger. Keine ehrliche Absicht und kein wohlmeinendes Streben entschuldigt niederträchtige Handlungen; aber

politisch denken, nach seinen Gedanken in anständiger Weise reden und vernünftig handeln, das soll nicht nur jeder dürfen, sondern das ist auch seine Pflicht; sonst hat er eben sein Vaterland nicht recht lieb. Damit wird nichts geschändet, sondern Gutes vollbracht."

Was aber nun und nimmer zum Guten ausschlagen kann, das sind wirtschaftliche oder ständische Parteien. Denn da wird die Scheidung gerade an den Punkt gelegt, wo „die Gemütlichkeit aufhört.“ Bisher sagte man: „Bringt euer materielles Interesse zum Opfer für das Beste des Ganzen!“ und wenn dies Ganze auch nur Partei hieß, es brachte doch einen Blick ins Weite, es arbeitete doch die einzelnen Bestandteile in eins zusammen, es wirkte dem Egoismus entgegen, der keinen Staat erhalten, nur verderben kann. Jetzt aber soll es heißen: „Sorgt vor allem dafür, daß ihr gut zu leben habt, daß sich eure Arbeit lohnt, daß eure Kunden gut bezahlen müssen!“ Ja freilich, die Parole, die versteht jeder, die braucht man ihm nicht in langen Wahlreden zu erklären! Und die Regierung weiß dann immer ganz genau, mit was für einem Landtag oder Reichstag sie es zu thun bekommt; denn nach dem statistischen Handbuch kommen ja so und so viel Prozent der Bevölkerung auf die Landwirtschaft, so und so viel auf das Handwerk, die Industrie, den Handel, den Beamtenstand, den königlichen, den städtischen und den privaten, auf die Geistlichen, die Gelehrten, die Rentiers. Das verschiebt sich im Laufe der Jahre nur wenig und bietet eine vorzügliche Grundlage für eine „stabile Politik.“ Sachverständige wird man bei jedem Statsposten und jedem Gesetz stets zur Hand haben, außer etwa bei der Zivilliste. Auch die Diätenfrage erledigt sich leicht; denn von der Körperschaft, die er zu vertreten hat, kann sich ein Abgeordneter schon seine Kosten bezahlen lassen — er bringt es ihr ja wieder ein. So viel Vorteile, die lassen es ja leicht übersehen, daß der Unfriede größer wird als je, und daß niemand mehr an das Wohl des Ganzen denkt, sondern nur an den Geldbeutel der Seinigen. Ob der Staat dann dem einzelnen mehr oder weniger Freiheit läßt, ob die Verfassung genau befolgt wird, und andre solche Kleinigkeiten, auf die kommts nicht an, wenn nur jeder sein Huhn im Topfe hat. Aber eins kann ich mir dabei doch gar nicht recht klar beantworten: die Mehrheit im Staate hat doch kein einzelner Stand; jedem einzelnen stehen aber die andern Stände alle zusammen als Zahler gegenüber. Wenn nun dem einen etwas zugewendet werden soll, werden da nicht die andern alle sagen: „Nein, die dürfen nicht auf unsre Kosten bevorzugt werden!“ Und wenn der eine auch wirklich „Not leidet,“ werden es dann nicht die andern bestreiten? Jeder sorgt doch nur für seinen Stand, und soll er Gefuba aus seiner Tasche unterhalten? Wo sollen da die Mehrheiten für die Förderung der einzelnen Stände herkommen?

Der Unfriede ist eben in der Brotfrage immer am größten — wer hat das nicht schon in seiner nächsten Umgebung gesehen? Konservative und Liberale

können sich über eine gemeinnützige Ausgabe einigen, Hochbesteuerte und Niedrigbesteuerte aber nie. Über die Sonntagsruhe werden Prinzipale und Angestellte nie derselben Meinung sein, sie werden sich, wenn man sie so getrennt verhandeln läßt, nur gegenseitig erbittern. Die Besoldungsfrage der Lehrer wird stets zwischen diesen und den Gemeindevertretern die härtesten Kämpfe hervorrufen. Immer wird der eine darüber wütend werden, daß der andre ihn in seinem Vermögensstand beeinträchtigen will, und das verzeiht man nie, wie allenfalls abweichende politische Überzeugungen. Die können sich ja auch mit der Zeit ändern, der Stand aber bleibt immer derselbe und trennt also immer, wenn man ihn zum maßgebenden Parteigrund macht. Die Kluft wird immer weiter aufgerissen, der Parteienhaß ins tägliche Leben hineingetragen.

Der Sinn für das Ganze muß aber dabei schwinden. Wird einem um seinen Horizont eine deutliche hohe Mauer gezogen, dann kann er nicht darüber hinwegsehen und erkennen, ob das Glück, das drinnen herrscht, auch draußen zu finden ist. Alles wird aus der einen Rücksicht abgeurteilt — damit läßt sich die Sorge für das Gemeinwohl nicht verbinden. Wenn man auch bei Verhandlungen über auswärtige Politik oder sittliche Fragen nur Großindustrieller, nur Kleinbauer ist, dann kann man nicht in demselben Augenblick auch Staatsmann und Vaterlandsfreund sein. Will man das aber, so sieht man eben über jene Mauer hinweg und kann die nächstliegenden Standesinteressen nicht genug beachten, weil sie zu klein erscheinen, und für die ist man doch gewählt! Noch mehr gilt das natürlich von dem einzelnen Wähler; ihm wird gesagt, er solle und müsse sich nur um seinen eignen Vorteil bekümmern, und das thut der „gemeine Mann“ nicht mehr als gern; dann denkt er aber auch ganz gewiß nicht ans deutsche Reich. Wie soll einer normalsichtig bleiben, wenn er zeitlebens in einer kleinen Stube eingesperrt sitzt, mit dem Blick höchstens bis zur Gartenmauer?

Und noch eins möchte ich gern bemerken: nämlich daß ein Degen scharf bleibt, wenn er auch in eine noch so feste Scheide eingezwängt wird. Man kann sich in einem Menschen leicht versehen. Wenn man ihn für noch so gut auf sein Standesprogramm eingeschworen hält, der Mann ist doch am Ende imstande und hat in einer Falte seines Herzens von früher her etwas konservative oder liberale Gesinnung sitzen, und wenn ihm bei einer Verhandlung das Herz recht „umgefrempelt“ wird, kommt die mit einemmale zum Vorschein, bekommt Gewalt über ihn und reißt ihn dann vielleicht gerade ganz gegen das Interesse seiner Standespartei fort. So kommt es denn nur auf das richtige Umfrempeln an, und da giebt's am Ende in einer Gegenpartei immer boshafte Leute, die das verstehen. Und wozu hat man dann den Mann gewählt? Wollen wir aber, mit übernatürlichen Fähigkeiten begabt, vor der Wahl alle unsre Kandidaten daraufhin genau untersuchen und alle beiseite

werfen, die noch etwas verabscheuenswerte politische Überzeugung an sich haben, dann fürchte ich, wird der Haufe des faulen Obstes sehr groß werden, und was man als rein befindet, das werden nicht gerade die schmachhaftesten Früchte sein. Haben muß man aber doch einen Ständesvertreter. Ja ja, Wahl macht Qual!

So bliebe denn der Weisheit letzter Schluß, wird mich wieder einer fragen, der's nicht gut mit mir meint, daß alles so am besten sei, wie es ist, und nur so fortzubestehen brauche? Eine bequeme Weisheit! Aber wo habe ich denn das gesagt? Das heißt untergelegt, nicht ausgelegt! Berechtigt, sage ich, ist jener alte politische Gegensatz, berechtigt seine Verfechtung, da die Staatsentwicklung weder stehen bleiben oder zurückgehen, noch zu rasch oder zu weit vorschreiten darf; die allzu eifrige Verfechtung, die für Gründe Beleidigungen gebraucht, muß aber entschieden in ihre Grenzen zurückgewiesen werden, auch wenn ihr noch so ehrliche Gesinnung zu Grunde liegen sollte! Denn wenn sich auch die homerischen Helden bekanntlich vor dem Kampf mit allerlei unliebenswürdigen Worten angriffen, so ist es doch nicht gerade das, wodurch sie bewundernswürdig geworden sind. Und so muß auch der Rüpelhaftigkeit eines Teils unsrer Presse ein Ende gemacht werden; und wenn sie nicht ihr eignes Taktgefühl Anstand lehrt, dann muß es die allgemeine Verachtung und der Staatsanwalt thun. Und, wie gesagt, wo Verleumdungen und Spitzbübereien ins Spiel kommen, da hört erst recht jede Entschuldbarkeit auf; dafür wird jeder anständige Mensch, auch wenn es auf seiner eignen Partei begangen wird, nur ein Pfui haben. Aber der Gegensatz an sich und seine anständige Verfechtung muß bleiben und wird bleiben. Auch der Gegenpartei muß man sie zugestehen, mag das „Was du nicht willst, das man dir thu“ der menschlichen Natur auch noch so hart ankommen!

Aber die wirtschaftlichen Fragen, sind die ganz Nebensache? Soll man nur aufs Ganze und gar nicht aufs Eigene sehen? Nun, ich denke, das letztere geschieht auch schon ohne Ermahnung, und natürlich muß es geschehen. Aber erstens haben diese Fragen auch ihre konservative und ihre liberale Seite, und es ist durchaus förderlich, sie auch von denen aus zu beurteilen. Dann aber werden verständige Konservative und verständige Liberale doch auch wohl verständige Menschen sein, und hoffentlich giebt's doch in Deutschland noch dreihundertsebenundneunzig verständige Menschen. Sie werden also prüfen, ehe sie urteilen, und man kann ihnen wohl zutrauen, daß sie sich nach genauer Durchforschung der Sache einigermaßen ein Urteil bilden können, auch wenn sie nicht „Sachverständige“ sind. Guter Wille thut viel, und die wirklichen „Sachverständigen“ sollen bisweilen, meint man, etwas voreingenommen sein. Natürlich ist es gut, wenn aus möglichst vielen Ständen Sachkenner unter den Gesetzgebern sind, und man nicht nur auf „Enqueten“ angewiesen ist, aber sie sollen nicht als Sachverständige für ein bestimmtes Fach gewählt sein,

sondern wegen ihrer persönlichen Vertrauenswürdigkeit, Einsicht und politischen Parteistellung. Dann werden sie auch imstande sein, weitere Gebiete zu beherrschen, und nicht nur nach dem engen Standesinteresse zu urteilen.

Ideale Forderungen! Ja wohl, aber wer hat keine? Und ich denke, es ist immerhin nicht schlecht, wenn das Ideal eines Menschen auch etwas Ideales an sich hat.



Die Wanderungen der ländlichen Bevölkerung in Preußen

Von Eugen Leidig (in Marienwerder)



ie Wanderungen der ländlichen Bevölkerung von einem Bezirk in den andern und von dem platten Land in die Städte haben in Deutschland und Preußen in den letzten Jahrzehnten einen solchen Umfang angenommen, daß sie nicht mehr bloß Gegenstand des Studiums der Theoretiker, sondern auch ernster Erwägungen unsrer Politiker geworden sind. Namentlich seit die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 gezeigt haben, daß gegenüber dem schnellen Wachstum der Bevölkerung in den Großstädten und in den Industriebezirken die landwirtschaftstreibenden Provinzen des Ostens nur eine geringe Zunahme, ja sogar zum Teil eine Abnahme der Bevölkerung aufweisen, wurde der Abzug der ländlichen Arbeiterbevölkerung des Ostens, seine Ursachen und die Mittel dagegen in den Kreis der politischen Erörterung gezogen, und in Preußen haben auch schon gesetzgeberische und Verwaltungsmaßregeln versucht, teils die Ursachen dieser Bewegung zu beseitigen, teils ihre Folgen für den landwirtschaftlichen Betrieb abzuschwächen.

Die Wanderbewegung der ländlichen Bevölkerung in Deutschland ist alten Ursprungs. Schon seit dem zwölften und dreizehnten Jahrhundert zieht in immer wachsendem Umfange die Bevölkerung vom Lande in die rasch aufblühenden Städte, und noch viel größere Massen wandern über die Grenzen der heimatlichen Gaue hinweg in die den Slawen entrissenen neuererschlossenen Marken. Das ganze Flachland zwischen Elbe und Niemen und darüber hinaus bis zur Düna, tief nach Polen hinein und bis nach Ungarn, ist in den Jahr-

Grenzboten IV 1895